Berlins große Antifa-Veranstaltung steht bevor

Seit 1990 gehört der Tag der Erinnerung und Mahnung zu den größten antifaschistischen Veranstaltungen Berlins. Er verbindet das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes und die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in der Gegenwart.

TAG DER MAHNUNG 2008
SONNTAG | 14.9.08 | BERLIN

11 Uhr Kundgebung am Mahnmal für die ermordeten Roma und Sinti anschließend **Fahrradkorso** zu Orten von Verfolgung und Widerstand

13 bis 18 Uhr Marx-Engels-Forum am Roten Rathaus: Ausstellungen, Diskussionen, Projekte,Zeitzeugen, Talks, Kinderfest, Life-Musik, Antifa-Café, Essen, Trinken, Bücher, Gespräche und Infos an über 100 Ständen



WWW.TAG-DER-MAHNUNG.DE

In dem Aufruf erinnern wir an die Unbeugsamen und die Verfolgten, die vor 75 Jahren ihre Arbeit verloren, die Widerstand leisteten, die gedemütigt, verjagt, verhaftet und ermordet wurden. Wir treten für eine lebendige Erinnerung an die Millionen Opfer des Faschismus und ein Gedenken ein, das jede Relativierung und Gleichsetzung mit der Zeit nach 1945 ausschließt. Wir wenden uns dagegen, dass Demonstranten, die den Nazis Straßen und Plätze nicht überlassen wollen, attackiert, ihre Personalien aufgenommen und mit Bußgeldbescheiden belegt werden. Wir fordern, die Kriminalisierung antifaschistischen Protestes zu beenden und das Verbot nazistischer Organisationen.

»Entschieden gegen Nazis – wie weit(er)« ist auch das Thema der Podiumsdiskussion. Neben vielen anderen Gruppen werden sich erstmals Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus aus Marzahn-Hellersdorf vorstellen.

Am Tag der Erinnerung und Mahnung streiten wir für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Sprache, Religion, Hautfarbe und Überzeugungen. Damit wissen wir uns in Übereinstimmung mit den Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager. Sie begründeten die Tradition, den zweiten Sonntag im September als Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu begehen.

Wir freuen uns wieder auf Euer/Ihr Kommen und möchten noch einmal allen herzlich danken, die seit 1990 mit ihren Ideen, ihrem großen Engagement und auch ihren Spenden die Weiterführung des OdF-Tages ermöglicht haben. Auch in diesem Jahr hilft jede Spende. VVN-BdA Berlin Postbank Berlin Kto-Nr: 315904105 BLZ: 10010010.

Hans Coppi
für den Vorbereitungskreis

Aufruf, Standanmeldung und weitere Informationen sind auf der Website www.tag-der-mahnung.de oder in der Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA einzusehen.

Der ganze Berliner Widerstand gegen das NS-Regime

Umfangreiches biographisches Lexikon erschienen

Unter dem Titel »Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945 – Ein biographisches Lexikon« ist in den Jahren 2002 bis 2005 eine zwölfbändige Publikation im trafo verlag Berlin herausgegeben worden, die sich in die bereits vorhandene umfangreiche Literatur zum Widerstand gegen das NS-Regime einreiht und zugleich eine lange vorhandene Lücke schließt. Erstmals erschien eine Veröffentlichung, die alle Personen mit ihrer Vita aufnimmt, die in Berlin im Widerstand gegen das NS-Regime standen.

Die ehrenamtlich arbeitenden Autoren haben nach Personen recherchiert, die zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 in Berlin Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Mehr als 12 000 Persönlichkeiten werden namhaft gemacht und biographiert. Das ist eine Neuheit auf dem deutschen Büchermarkt.

Die Autoren fassen Widerstand gegen das NS-System als

- ein unmittelbares oder mittelbares Handeln, ein Tätigsein - organisiert oder individuell - gegen das unmenschliche, undemokratische NS-System als Ganzes oder gegen einzelne seiner Seiten oder Erscheinungsformen,
- ein motiviertes Handeln; wobei dem Handeln übereinstimmende oder unterschiedliche Motive zugrunde liegen konnten; es konnte aus politischen, allgemeinmenschlichen, allgemeindemokratischen, ethischen, religiösen oder anderen Motiven gespeist sein,
- ein motiviertes Handeln, das immer mit der Gefahr einer juristischen Verfolgung und der Bedrohung der persönlichen Freiheit, Gesundheit und des Lebens verbunden war.

In das Lexikon haben die Autoren alle ermittelten Persönlichkeiten des Widerstandes in Berlin unabhängig von ihrem damaligen politischen Standort, ihrer Parteizugehörigkeit, ihrer religiösen Bindung und unabhängig vom Umfang, Dauer und der Art ihres Widerstandes aufgenommen.

Die Autoren bezogen den »passiven Widerstand« nicht in ihr Widerstandsverständnis ein, da er den Widerstand in einer Weise ausdehnt, dass auch viele als Widerständler erfasst wrden, die das NS-Regime duldeten, ohne es unbedingt zu akzeptieren, es aber so, wenn auch ungewollt, stützten.

Es erwies sich als nicht realisierbar, möglichst alle am Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime Beteiligte zu ermitteln. Trotz mehrjähriger Forschungsarbeit der Autoren blieben deshalb Lükken und werden auch weiterhin bleiben.

Nach der Veröffentlichung der einzelnen Bände wurde den Autoren neues Quellenmaterial zugänglich.

Während des Erscheinens der ersten Auflage des Lexikons und danach konnten die Autoren eine lebhafte Reaktion auf das Projekt aus dem In- und Ausland registrieren, die in der Regel mit der Übersendung weitergehender biographischer Angaben verbunden war. Autoren und Verlag entschieden sich für eine zweite Auflage, weil mit den neu eingegangenen

(Fortsetzung auf Seite 2)

»Rote Armee rettete die Zivilisation«

Motto: Wer nicht feiert, hat verloren – Fest im Treptower Park am 9. Mai

Wer nicht feiert, hat verloren! Unter diesem Motto veranstalteten die Berliner VVN-BdA und ihre Basisorganisation 8. Mai zusammen mit der Antifaschistischen Initiative Moabit und der Antifa Prenzlauer Berg am 9. Mai ein antifaschistisches Fest im Treptower Park in der Nähe des sowjetischen Ehrenmals. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wird der Jahrestag des 9. Mai 1945 als Tag des Sieges über den Faschismus gefeiert.



»Hitler kaputt« – das ist auch 63 Jahre später noch immer ein Grund zum Feiern. Dazu redete Werner Knapp. Bilder: Kappa-Photo

Schon am Tag zuvor hatte eine Berliner Tageszeitung unter dem Titel »Hitler kaputt! Ein Grund zu feiern!« das Fest angekündigt und auch in der russischsprachigen Berliner Presse war das Ereignis bestens beworben. Die knallroten Fest-Plakate schmückten die Straßen Berlins, hingen in Buchläden und Kneipen, aber auch in Zentren und Supermärkten der russischsprachigen Community Berlins.

Ab 14.30 Uhr warteten zwei Transparente auf der Bühne im Treptower Park: »8. Mai, Tag der Befreiung, 9. Mai, Tag des Sieges – Dank der Roten Armee« auf die Besucherinnen und Besucher. Und die kamen!

Es wurde ein wunderschönes Volksfest, das über den ganzen Tag von mehreren tausend Menschen besucht wurde. Es kamen Jung und Alt, zahlreiche Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, Leute aus der gesamten Berliner linken Szene und dem gesamten Spektrum der Berliner unabhängigen Antifa, aus dem Bezirk und ganz Berlin, viele Kameraden und Kameradinnen der VVN-BdA und der DRAFD. Auch viele Spaziergänger und Touristen blieben ein Weilchen auf dem Fest »hängen« und feierten mit. Alle zusammen haben wir ein fröhliches Fest gefeiert, bei dem kein Zweifel blieb, wer Berlin vom Faschismus befreit hat – die Sowjetsoldaten.



Tausende waren beim Volksfest im Treptower Park dabei.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Das Kulturprogramm wurde von deutsch-russischen Musikgruppen, vom »Internationalen Chor Impuls« aus Berlin-Neukölln, die auch noch gleich eine Kindertanzgruppe mitgebracht hatten, Berliner russischen Szenegrößen wie dem Trio Scho?, Malenki Fun Orchester, den Spandauer Hiphoppern HATA und den Balaleikapunks von Cosmonautix bestritten. Moderiert wurde natürlich auf russisch und deutsch.

Auch unsere Zeitzeugen Moritz Mebel, Stefan Doernberg (beide ehemalige Angehörige der Roten Armee), Werner Knapp (ehemals tschechische und britische Armee) und Edmund Hünigen (ehemals slowenische Befreiungsfront) beeindruckten das Publikum mit ihren Erinnerungen. Stefan Doernberg fasste ihre Aussagen zusammen: »Die Rote Armee hat durch ihren Einsatz die menschliche Zivilisation gerettet.« Sie zeigten sich aber auch sehr erstaunt und erfreut, dass so viele Menschen gekommen waren, um ihnen zuzuhören.

Die Führungen zum sowjetischen Ehrenmal von Frau Dr. Köpstein waren bestens besucht. Aus Rostock war extra die »Initiative Ilja Ehrenburg« angereist, um von ihrem Kampf gegen die Umbenennung der gleichnamigen Straße zu berichten.

»Es ist wichtig, dass es solche Feste gegen den Faschismus gibt«, meinte zur Eröffnung der Berliner VVN-BdA-Vorsitzende Hans Coppi. Nur so könne immer wieder ein Zeichen gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Geschichtsfälschung gesetzt werden. »Überall feierten am 9. Mai 1945 Menschen den Sieg über den Faschismus.« Deshalb sei dies auch ein Fest des Sieges, bei dem sich Freude, Trauer und Schmerz mischten. »Die Millionen Opfer der Roten Armee bleiben dabei unvergessen.«

Es wurde ein Tag der Begegnungen, des Wiedersehens und Kennenlernens. Es wurde viel getanzt und mitgesungen, Unmengen von Kuchen, Bortscht, Pelmeni, Schaschlik und Würstchen verdrückt, und am Ende des Abends war kein Tropfen Bier und Wodka mehr da.

Wir sind immer noch ganz beglückt, dass unser Vorhaben geglückt ist – auf eine fröhliche und unverkrampfte Art und Weise dem vorherrschenden Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten. Natürlich haben wir beschlossen, das Fest nächstes Jahr wieder zu feiern.

Arthur Nähring

Der ganze Widerstand…

(Fortsetzung von Seite 1)

Materialien vielfach bisherige biographische Angaben präzisiert und mitunter auch korrigiert werden können.

Zudem können weitere Widerständler den im Band 10 aufgeführten Widerstandsgruppen bzw. dem Widerstand von Parteien, Organisationen, Kirchen und religiösen Vereinigungen zugeordnet werden. Neue, zum Teil aus privatem Besitz zur Verfügung gestellte Fotos – zumeist über weniger bekannte Persönlichkeiten – ergänzen oder ersetzen die bisherigen.

Hans-Joachim Fieber

Die zweite Auflage mit zehn Bänden wird von der Geschichtswerkstatt der Berliner VVN-BdA herausgegeben. Als erster erscheint der Band 4. Die Manuskripte für drei neue Bände sind bereits fertiggestellt. Bestellungen über die Berliner VVN-BdA.

Sachsenburg bei Chemnitz:

Antifaschisten erinnern an ersten Häftlingsappell

In Sachsenburg bei Chemnitz trafen sich am 8. Juni über 100 Antifaschisten zum Gedanken an den ersten Häftlingsappell vor 75 Jahren im gleichnamigen Konzentrationslager. Klaus Bellmann, Vorstandsmitglied der VVN-BdA Chemnitz, erinnerte am Mahnmal vor der ehemaligen Spinnerei an die Leiden, denen die Gefangenen ausgesetzt waren.

In der Spinnerei waren die Gefangenen untergebracht, unter ihnen auch der Vater Klaus Bellmanns. Der VVN-Vertreter führte aus, dass sich in Sachsenburg solche KZ-Bestien, wie SS-Standartenführer Rödl und SS-Standartenführer Koch zu den späteren Kommandanten vom KZ Buchenwald »qualifizierten«. So war beispielsweise der berüchtigte und gefürchtete »Prügelbock« eine Erfindung aus Sachsenburg.

Im sächsischen Konzentrationslager waren Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft inhaftiert. Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Juden, Arbeiter und Handwerker. Zu ihnen gehörte auch der Redakteur Max Sachs, der bestialisch ermordet wurde. Auch der Bauer Schubart aus der näheren Umgebung von Frankenberg wurde Opfer der faschistischen Gewalt. Nicht zu vergessen die Pfarrer Georg Krause – er überlebte das KZ – und Ludwig Kirsch.

In die Zukunft schauend warb Klaus Bellmann dafür, endlich die Vorhaben für eine ständige Ausstellung zur Mahnung an die Zeit des Faschismus und zur Aufklärung über den Faschismus zu errichten. Schon lange würde darüber gesprochen, leider fehle bis heute das Geld.

SPD-Bundestagsabgeordneter Detlef Müller versprach, alles zu tun, damit eine ständige Ausstellung verwirklicht wird. Leider entging er nicht der Versuchung, dem heutigen Zeitgeist folgend, Sozialismus mit Faschismus gleich zu setzen. Dafür musste die »Zwangsvereinigung« von KPD und SPD herhalten.

Zum Schluss der Veranstaltung erklang, dem starken Regen trotzend, das Sachsenburg-Lied. Die Teilnehmer verabschiedeten sich mit der einhelligen Meinung, dass sich heute jeglicher Form des Faschismus entgegen gestellt werden muss. In Anbetracht der Kommunalwahl-Erfolge der NPD am gleichen Tag in Sachsen sicher ein ernstzunehmender Vorsatz. **jomi**



Rund 800 Demonstranten sorgten mit guter Laune für den Protest gegen die Faschisten. Bilder: Jonny Michel

»Schöner leben ohne Naziläden«

Chemnitz: 800 feiern lautstarke Party gegen Faschisten

Am 30. Mai wurde es in der Chemnitzer Innenstadt sehr laut. Begleitet von einem Kilowatt-starken Lautsprecherwagen zog ein Demozug mit überwiegend jungen Leuten durch das Zentrum. Anlass für die lautstarke Protestdemo war die Neueröffnung eines Waffenshops, der die Kleidungsmarke »Thor Steinar« vertreibt.

Diese Marke gehört zu den aktuell beliebtesten unter den Neonazis. Der genannte Shop zog an diesem Tag in die beste Chemnitzer City-Lage. Organisiert hatten den Protest der DGB, Parteien und Organisationen in Fortsetzung der bekannten Demos »Schöner leben ohne Naziläden«. Während der Zwischenkundgebungen an markanten Orten entlang der Straßenzüge mahnten Antifaschisten in ihren Reden, dass NPD und Freie Kameradschaften Hand in Hand arbeiteten. »No NPD« stehe weiter auf der Tagesordnung. Den Faschisten dürften keine Chancen zur Weitererstarkung eingeräumt werden. Das gebiete schon die Erinnerung an den Krieg und den Genozid, mit denen die Hitlerfaschisten Europa einst überzogen hätten.

Der Protest galt nicht allein diesem einen Geschäft. In Chemnitz gibt es weitere Läden, die mit Faschisten zusammenarbeiten und deren Hausmarken handeln. Dazu kommt, dass sich besonders um Chemnitz herum feste faschistische Strukturen gebildet haben. Erinnert sei an den »Sturm 34« in Mittweida. Derzeit laufen die Prozesse um die Rädelsführer. Gerade im Landkreis Mittweida kommt es immer wieder zu Übergriffen durch die Rechtsradikalen. Dieser »Sturm 34« ist zwar vom Innenministerium verboten worden, jedoch geht der Kampf um die so genannten »befreiten Zonen« weiter. In Mittweida, dessen Bürgermeister lange Zeit das Vorhandensein faschistischer Strukturen herunterspielte, ist die Szene besonders aktiv.

So galt die Antifa-Demonstration auch diesen Erscheinungen rechtsextremer Gewalt und Propaganda. Der Protestzug verlief friedlich. Zwar war ein ziemlich starkes Polizeiaufgebot vor Ort, das Chemnitz vorübergehend in eine Art Ausnahmezustand versetzte, aber die Deeskalationsstrategie der Gesetzeshüter ging auf. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die Organisatoren dafür sorgten, dass es zu keinerlei Konfrontationen kam. Sie hatten eine lautstarke Party in Chemnitz angekündigt – und genau das war die Demo dann auch.

Jonny Michel

Infos der VVN-BdA Chemnitz ab sofort auch im Internet

www.vvn-bda-chemnitz.de



Deeskalation von beiden Seiten: Kleiner Scherz am Rande der Demo.

Redaktion: Peter Giersich
Tel. und Fax: (037 44) 808 83
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10, 01067 Dresden
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de

NPD verbieten – Grundrechte verteidigen

Max Mannheimer bei der Gedenkfeier in Dachau-Hebertshausen



Bei der Gedenkstunde in Hebertshausen: Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Deutschen Zentralrats der Juden (1. Reihe l.), neben ihr Martin Löwenberg, hinter ihnen Marielouise Schultze-Jahn (Weiße Rose), Max Mannheimer (1. Reihe, 3. v. r.), neben ihm der Präsident des Comité International de Dachau Pieter Dietz de Loos. Bild: Hermann Offner

Im Anschluss an die Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Dachau gedachten zahlreiche Menschen am ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen der dort ermordeten über 4000 sowjetischen Kriegsgefangenen. Neben einem ehemaligen Dachau-Häftling und einer jungen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen aus der Ukraine sprach dort Max Mannheimer, Holocaust-Überlebender und Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau. In seiner Gedenkrede nahm er auch auf Aktuelles Bezug:

»Ich habe für die Lagergemeinschaft Dachau 2007 zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs der Kampagne 'nonpd – NPD-Verbot jetzt!' gehört. In nicht einmal einem Jahr gelang es den Initiatoren, dafür bundesweit über 175 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zu gewinnen. Über diese Initiative der VVN-BdA hinaus haben Gewerkschaften, Parteien, der Zentralrat der Juden und eine große Anzahl weiterer Organisationen und Gruppen die Forderung nach einem Verbot der NPD aufgenommen.

Länderregierungen und Bundesregierung könnten sofort den Weg für ein Verbotsverfahren gegen die NPD und deren Nachfolgeorganisationen freimachen, indem sie die V-Leute des Verfassungsschutzes aus der Nazipartei zurückziehen. Niemand braucht sie dort – Tag für Tag zeigt die NPD ganz offen mit ihrem Personal, mit ihrem öffentlichen Auftreten, mit ihrer Propaganda, dass sie eine Nachfolgeorganisation der NSDAP ist und sein will, dass sie wie einst die NSDAP demokratische Rechte und Freiheiten missbraucht, um die Demokratie abzuschaffen.

Verteidigen wir – auch im Gedenken an die Opfer des Naziregimes – die demokratischen Rechte und Freiheiten gegen ihre Feinde. Nutzen wir dazu auch die vorhandenen juristischen Möglichkeiten, wohl wissend, dass dies alleine nicht genügen wird, Rechtsextremismus, Intoleranz, Antisemitismus und Rassismus aus der Welt zu schaffen. Lassen wir nichts unversucht, ein Klima zu schaffen, in dem Inhumanität und Menschenverachtung keinen Nährboden mehr haben.

Es waren gerade die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus und die Erkenntnisse daraus, die dazu geführt hatten, dass der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Länderverfassungen und Grundgesetz solch ein wichtiger Rang gegeben wurde. Diese Rechte sind für die Demokratie heute so überlebenswichtig wie damals. Die Väter und Mütter dieser Verfassungen allerdings hätten damals – nach der Befreiung vom Faschismus – nicht im Traum daran gedacht, dass diese Rechte auch für die Wiederbetätigung alter und neuer Nazis gelten sollten.«

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de
Bitte daran denken:
Teilt uns nach einer Änderung Eure neuen Adressen und Bankverbindungen mit.

31. Ordentliche
Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern

18. und 19. Oktober 2008
im Jugendgästehaus Dachau
Roßwachtstr. 15

Tagesordnung:

Samstag, ab 10 Uhr:
Grußworte, Rechenschafts- und Kassenbericht des Landesvorstands, Diskussion

Samstagnachmittag:
Gastreferat:
»Die ‚Holocaustisierung' des Vertreibungsdiskurses«
Dr. Eva Hahn, Oldenburg.
Fortsetzung der Diskussion zu Referat und Berichten

Sonntag, ab 9 Uhr:
Antragsdiskussion, Gremienwahlen

In den meisten Kreisorganisationen der VVN-BdA Bayern haben bereits Delegiertenwahlen für die Konferenz stattgefunden. Wir bitten Kreisvereinigungen, die dies noch nicht getan haben, die Namen und Adressen ihrer Delegierten umgehend der Landesorganisation zu melden.

Mitglieder der VVN-BdA Bayern, die in Gegenden wohnen, in denen es keine Kreisorganisation gibt und die Interesse an einem Delegiertenmandat haben, werden gebeten, sich bis spätestens 1. September 2008 bei der Landesorganisation zu melden. Adresse und Telefonnummer unten im Impressum.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli: Oskar Belohlawek, Penzberg, 87 Jahre; Ursula Epple, München, 60 Jahre.
August: Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 93 Jahre; Dorothea Schuh, München, 70 Jahre; Wilhelm Ostler, Lappersdorf, 65 Jahre; Jürgen Wachowiak, München, 65 Jahre.

Provozierende Nazis – Widerstand wächst

Einige Streiflichter aus dem bayerischen Raum

Günzburg, Weißenohe, München, Marktheidenfeld: Auch nach dem NPD-Bundesparteitag Ende Mai in Bamberg und den vielen erfolgreichen Aktivitäten dagegen setzen Neonazis in Bayern ihre Provokationen fort. Überall wehren sich Betroffene, bilden sich Bündnisse, stellen sich Bürgerinnen und Bürger den Nazis entgegen. Die VVN-BdA ist nach Kräften mit dabei. Hier einige Streiflichter:



In Bamberg nicht zu übersehen: Das Transparent zur nonpd-Aktion. Bild: VVN Bamberg

»7. Juni 2008: Beispielhafte Aktionen der **Günzburger** Bürgerinnen und Bürger gegen den, durch das Verwaltungsgericht genehmigten und von der Polizei hermetisch abgesicherten 'NPD-Bayerntag': Nach Angaben der Polizei kamen ca. 330 Neofaschisten nach Günzburg. Dem Aufruf eines breiten Bündnisses von Günzburger Organisationen und Parteien folgten mehr als 2000 Menschen. Ein Höhepunkt war eine Menschenkette vom Mengele Mahnmal bis zum Hofgarten an dem sich ca. 500 BürgerInnen beteiligten.« (Pressemitteilung der VVN-BdA Augsburg).

Aus einem Bericht, der Anfang Juni im von der »Zeit«, dem Deutschen Fußballbund, dem Deutschen Feuerwehrverband und anderen Verbänden und Medien initiierten Online-Projekt »Netz-gegen-Nazis.de« zu lesen war:

»Wenn es ein Geheimnis des **Weißenoher** Widerstands gibt, der innerhalb von fünf Tagen das ganze Dorf erfasst hat, dann liegt es in den Vorarbeiten von Wunsiedel und Gräfenberg und in der Zusammenarbeit aller Gutwilligen. Manche Einsicht brauchte Jahre, manches Einverständnis musste mit der Zeit wachsen... Entscheidend ist wohl die Bereitschaft, nicht etwa den Kopf in den Sand zu stecken und darauf zu hoffen, dass der Spuk von alleine vergeht.«

»Von Antifa bis CSU« war dieser Beitrag überschrieben, der von den Aktivitäten gegen einen neofaschistischen »Frankentag« in Weißenohe Anfang Juni handelte. Er schildert die Berührungsängste einheimischer Konservativer vor angeblich »linksextremen« Unterstützern des Anti-Nazi-Protestes, die sich im Lauf der Vorbereitungen und am Aktionstag selbst in Luft auflösten. Zum Erfolg trugen auch der katholische Bamberger Erzbischof und der evangelische Landesbischof ihr Scherflein bei. Aber eben, so der Artikel, auch diese beiden: »Dominik und Nikolaus von der Antifa werden in einer kleinen Talk-Runde befragt und erzählen über Strukturen und Figuren der Neonazis in der Region.«

Das in **München** beheimatete antifaschistische Archiv a.i.d.a., dessen Recherchen für die VVN-BdA und andere Engagierte nicht nur in Bayern seit über einem Jahrzehnt wichtig sind, berichtet (www.aida-archiv.de):

»Rund 75 Neonazis um die 'Freien Nationalisten München' nahmen eine Informationsveranstaltung des a.i.d.a.-Archivs am Freitag, 13. Juni, im Kafe Marat zum Anlass, um unter dem Motto 'Linksextreme Strukturen erkennen! A.I.D.A.-Archiv verbieten!' zu demonstrieren. In dem per Internet und Flugblättern verbreiteten Hetzaufruf wurden zudem die Süddeutsche Zeitung, einzelne Journalisten und der linksalternative Radiosender Radio Lora diffamiert. Laut Polizeiangaben protestierten etwa 400 Menschen gegen den Neonazi-Aufmarsch. Rund 300 Menschen fanden sich auf einer Kundgebung vor dem Kafe Marat in der Thalkirchner Straße ein. Dabei fand sich ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Initiativen, politischer Parteien und Einzelpersonen ein, die ihre Solidarität und Unterstützung gegenüber a.i.d.a. und dem Kafe Marat zum Ausdruck brachten. Als Redner auf der Neonazi-Kundgebung an der Eck Thalkirchner Straße/Kapuzinerstraße trat auch Karl Richter, der Stadtrat der extrem rechten und NPD-nahen 'Bürgerinitiative Ausländerstopp München' auf. Danach sprachen der stellvertretende bayerische NPD-Landesvorsitzende Roland Wuttke sowie Philipp Hasselbach von den 'Freien Nationalisten München'. Alle drei sind führende Aktivisten der extremen Rechten Münchens und bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten.«

Im Vorfeld einer im fränkischen **Marktheidenfeld** für den 13. und 14. Juni angemeldeten Naziprovokation war auf der Homepage der Gemeinde zu lesen: »'Marktheidenfeld ist bunt!' Die Bürgerschaft von Marktheidenfeld verurteilt rechtsradikales Gedankengut und dessen Verbreitung! Bürgermeisterin und Stadtrat begrüßen ausdrücklich, dass ein Verbot von Organisationen und Parteien, die solches propagieren, betrieben wird. Nationalisten berufen sich auf unsere Grundrechte, nehmen das Recht auf Versammlungsfreiheit und alle anderen Rechte der Demokratie in Anspruch, um sie zu bekämpfen. Sie verwenden die wohlbekannten Mittel der Einschüchterung und des Angsterzeugens. Sie benutzen dazu unsere Straßen und Plätze. Dies nehmen wir nicht tatenlos hin! Wir werden deshalb gemeinsam Zeichen setzen für unsere Überzeugungen. Die Bürger von Marktheidenfeld stehen ein für Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander. Auf Transparenten und Plakaten distanzieren wir uns von nationalistischem Gedankengut mit der Aussage: Marktheidenfeld ist bunt! Wir bitten die Bewohner der Häuser entlang der genehmigten Wegstrecke der anreisenden Rechtsextremen, mit dem Aufhängen der Plakate in ihren Fenstern unsere gemeinsame Ablehnung deutlich zu machen.« Der Bitte wurde gefolgt. Auch Marktheidenfeld zeigte den Nazis die rote Karte.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

VOR 40 JAHREN

Antifaschismus und die 68er

In einer Flut von Beiträgen in Fernsehen und Zeitungen erfahren Nachgeborene die Sicht auf die 68er-Bewegung. Ehemalige Akteure, Beteiligte und »Experten« debattieren über die Ursachen und Wirkungen der Studentenaktionen und der außerparlamentarischen Bewegung.

Manche der ehemaligen »Rebellen« – heute etabliert und saturiert – verklären diese Zeit als Revolutionsspielerei, extrem rechte Betrachter meinen hier die Wurzeln von Terrorismus und Werteverfall zu finden, Götz Aly verstieg sich gar zu der These, die 68er seien vergleichbar der SA in den 30er Jahren eine reine Bewegung gegen das Establishment gewesen.

Bei solchen Legendenbildungen gerät die antifaschistische Dimension der Proteste und Aktivitäten der 68er Bewegung vollkommen aus dem Blick.

Bekanntlich war nach einer kurzen Phase der antifaschistischen Orientierung die BRD-Gesellschaft in den 50er Jahren in ihrer politischen und ideologischen Struktur weitgehend durch die Integration ehemaliger Nazis und damit verbunden dem Be- und Verschweigen der Verbrechen des deutschen Faschismus und der Beteiligung der großen Masse, auch der gesellschaftlichen Eliten geprägt. Für Versuche, auf unheilvolle Traditionen in Justiz, Verwaltung und Wissenschaft hinzuweisen, bezahlten die Initiatoren oftmals einen hohen Preis – wenn sie nicht gar durch juristische Mittel zum Schweigen gebracht wurden. Erst Anfang der 60er Jahre verstärkte sich in der bundesdeutschen Gesellschaft das politische Bedürfnis der nachwachsenden Generationen, sich mit der faschistischen Vergangenheit aktiv auseinanderzusetzen. Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen, wie im Ulmer Einsatzgruppenprozess, beschäftigte nur kurz die Öffentlichkeit, dann war sie nur noch Thema der antifaschistischen Kräfte der Gesellschaft. Eine Wende brachte der Frankfurter Auschwitz-Prozess, der im Dezember 1963 im Haus Gallus eröffnet wurde. Er erreichte – mehr im Ausland als in der BRD – eine hohe mediale Aufmerksamkeit und führte zum Beginn einer gesellschaftlichen Debatte über den Umgang mit Tätern und Taten in der BRD.

»Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren«

Auf diesen Skandal machten Studenten aufmerksam, die am 9. November 1967 mit dem bekannten Transparent »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« anlässlich der Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg demonstrierten. Studenten waren nicht mehr bereit, dieses Verschweigen zu akzeptieren. »Mit dem Transparent wollten wir die Hochschulen darauf stoßen, dass sie sich bislang vor der Aufarbeitung ihrer Rolle im 'Dritten Reich' gedrückt hatten. Außerdem war es die Zeit der außerparlamentarischen Opposition gegen die erste 'Große Koalition': Wir kämpften gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg und für nichts weniger als eine Umwälzung der gesamten Gesellschaft«, resümierte der verstorbene Detlev Albers, der die Aktion durchführte.

Studenten und ehemalige NS-Verfolgte protestierten gegen Freisprüche für Richter am Volksgerichtshof, aber in manchen Verlautbarungen der Studentenbewegung sah man darin den Ausdruck einer faschistischen Tendenz in der BRD. Die VVN richtete im Frühjahr 1968 ein Schreiben an die Allgemeinen Studentenausschüsse: »Wenn wir uns auch nicht mit jeder Äußerung der studentischen Aktionen identifizieren, so begrüßen wir auf jeden Fall das kritische Engagement, die illusionslose Analyse der Zeit und der Aufgaben.«

Gegen Notstandsgesetze

Gemeinsam wehrte man sich gegen die geplanten Notstandsgesetze. Studierende, Gewerkschafter und ehemalige Widerstandskämpfer waren auf den Straßen in Universitäten und Schulen in Aktion. Mitte Mai 1968 kam es sogar zu einem Warnstreik in der Firma Meuser+Co in Gründau. Am 27. Mai demonstrieren 15 000 Menschen auf dem Frankfurter Römerberg, darunter Belegschaften, die geschlossen die Firmen verlassen hatten. All dies mündete in dem bundesweiten Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze in Bonn, an dem auch mehrere Tausend Naziverfolgte und Studenten aus Hessen teilnahmen.

Die Schüsse auf Rudi Dutschke Ostern 1968 wurden auch in Hessen gehört. Ingrid Schuster, langjährige Chefredakteurin der antifaschistischen Wochenzeitung »Die Tat«, berichtet davon, dass an diesem Tag eine Veranstaltung in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain zur neofaschistischen Gefahr stattfand. Gemeinsam ging man anschließend auf die Straße.

Wie ernst die Gefahr des Neofaschismus war, zeigte sich am

(Fortsetzung auf Seite 8)

Charlotte Wolf verstorben

Wenige Tage vor ihrem 94. Geburtstag verstarb nach langer Krankheit am 6. Juni 2008 unsere Kameradin Charlotte Wolf in Offenbach.

Mitte der 1960er Jahre lernte sie ihren späteren Mann Ludwig Wolf, einen Kommunisten und ehemaligen Buchenwald-Häftling kennen und entwikkelte mit ihm nicht nur eine Lebensgemeinschaft, sondern auch eine politische Gemeinschaft. Sie setzte sich mit großem Engagement in der Friedensbewegung ein und übernahm viele Jahre Verantwortung für die Herausgabe »Der Glocke vom Ettersberg« für die ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald-Dora.

Politisch arbeitete sie in der VVN-BdA und zeitweilig beim Röderberg-Verlag. Charlotte hat viele Jahre im DGB Chor Frankfurt gesungen. Mit fünfundsiebzig Jahren fuhr sie noch mit dem Fahrrad nach Frankfurt ins Gewerkschaftshaus, wo die Proben stattfanden.

Die Trauerfeier fand am 18.Juni 2008 in Offenbach/Bieber statt.

Broschüre vom internationalen Jugendtreffen in Buchenwald

Andenken an unvergessliche Tage

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. haben in einer Broschüre alle den Veranstaltern zur Verfügung gestellten Redebeiträge zusammengetragen.

Hier sind die Ansprachen der ehemaligen Häftlinge von Buchenwald und anderer Widerstandskämpfer, der Vertreter von Opferverbänden, von Ministern der belgischen Regierung, von Abgeordneten des Thüringer Landtages und von jungen Antifaschisten auf 36 Seiten zu finden.

Diese Broschüre eignet sich zur Weitergabe an Teilnehmende des Jugendtreffens ebenso gut wie zur Verbreitung im Rahmen der politischen Debatte um Buchenwald und die Gedenkstättenpolitik. Gegen eine Schutzgebühr und Kostenbeteiligung kann diese Broschüre zur Verfügung gestellt werden.

Lieferbar sind je 5 Exemplare für 10 Euro und ab 10 Exemplare für 1,50 Euro pro Stück (Versandkosten jeweils inklusive). Sollte ein Landesverband oder eine Untergliederung 100 Exemplare bestellen, wird nur der Gestehungspreis von 1,20 Euro berechnet.

Bestellungen an die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V., Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M. oder per E-Mail an: dr.u.schneider@arcor.de

Akt der Gleichschaltung des Geistes

Kundgebung zum Jahrestag der Bücherverbrennung

Die Liste der Gruppen und Institutionen, die zur Gedenkveranstaltung auf dem Frankfurter Römerberg am 75. Jahrestag der Bücherverbrennung aufriefen, ist ziemlich einmalig. Die Antinazi-Koordination, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Buchmesse Frankfurt, die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, die Literaturstadt Frankfurt, die Romanfabrik, die Oberbürgermeisterin der Stadt und die VVN-BdA fungierten als Veranstalter.



Auf den Spuren der Brandstifter: Gedenkmarsch von der Frankfurter Universität zum Römerberg.
Bilder: rolf

»In Erinnerung an den von der Universitätsleitung, den Professoren und der Studentenschaft organisierten Marsch von der Universität zum Römerberg wollen wir den gleichen Weg gehen und für die Freiheit des Geistes, des Wortes und des Buches demonstrieren«, heißt es in dem Aufruf. Auf der Gedenkveranstaltung am Ort der damaligen Bücherverbrennung erinnerten Sprecher an diesen barbarischen Akt und die Folgen.

Rede von Horst Koch-Panzner

Horst Koch-Panzner, Organisationssekretär der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, erklärte:



Informationstafel der VVN auf dem Römerberg.

Unter markigen »Feuersprüchen« wie: »Gegen Klassenkampf und Materialismus!«, »Gegen Dekadenz und moralischen Verfall!«, »Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist!« und anderen vernichteten die Nazis Bücher von Autoren, die sie seit Jahren wegen ihrer humanistischen, demokratischen oder sozialistischen Gesinnung oder wegen ihrer jüdischen Herkunft bekämpften.

Diese Aktionen, die den Auftakt zur geistigen Verdrängung jeder kritischen Gesinnung aus den öffentlichen Bibliotheken bildeten, fanden nicht heimlich statt. Sie wurden als öffentliches Schauspiel inszeniert. Zwölf Thesen »Wider den undeutschen Geist« verbreitete die »Deutsche Studentenschaft« und Studenten und andere Hochschulangehörige, darunter zahlreiche Bibliothekare, und sie sonderten diese Literatur in den Bibliotheken aus. Die Verbrennung selber wurde von Aufmärschen und propagandistischen Aktionen begleitet und fand ihren entsprechenden Niederschlag in der örtlichen und überregionalen Presse.

Nach diesen Aktionen – teilweise sogar in vorauseilendem Gehorsam – beeilten sich die einschlägigen Fachverbände, der Börsenverein des deutschen Buchhandels oder der Reichsverband der deutschen Leihbüchereien, durch entsprechende Anordnungen oder Empfehlungen die »Ausmerzung undeutscher Literatur« systematisch durchzusetzen. Auf der Liste »des schädlichen und unerwünschten Schrifttums«, die seit 1935 regelmäßig herausgegeben wurde, fanden sich schließlich 12 400 Titel und das Gesamtwerk von 149 Autoren.

Bücherverbrennung war öffentliches Schauspiel

Die besten Vertreter des deutschen Geisteslebens wurden vertrieben und »ausgebürgert«. Viele von ihnen schlossen sich im Exil den antifaschistischen Kräften an. In ihren in den Exil-Ländern oft in deutscher Sprache geschriebenen Werken verarbeiteten sie ihre Erfahrungen mit faschistischer Verfolgung und Ausgrenzung. Diese Werke wurden damit zu Zeugnissen gegen die Nazi-Diktatur, in ihnen spiegelte sich das »andere«, das demokratische Deutschland, wider.

Die Verbrennung aller Werke des deutschen fortschrittlichen Denkens durch Hitler kann keinen Augenblick vergessen machen, was die Menschheit in der Vergangenheit dem geistigen Leben Deutschlands zu verdanken hat.

In den Flammen des Scheiterhaufens auf Frankfurter Römer ist keineswegs die Fähigkeit Deutschlands, der Entwicklung der menschlichen Kultur zu dienen, verbrannt. Nie und nimmer sind Hitler, Goebbels, Göring und Rust die Vertreter des ‘wahren deutschen Geistes’. Deutschlands wirklich große Schöpferkraft für den kulturellen Fortschritt ist in jenen Millionen Menschen begründet, die von dem Hitler-Regime als antifaschistische Arbeiter, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle mit grausamer Härte verfolgt und geschlagen werden.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Engagieren wir uns alle, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Zeugin Lore Wolf

Rolf Heinemann, Vorsitzender der VVN-BdA Frankfurt schilderte eine Episode der Bücherverbrennung:

Die Professoren und Studenten insbesondere die deutschnationalen studentischen Burschenschaften – letztere gibt es immer noch – haben damals mit Ochsenkarren die Bücher zum Römerberg gebracht. Eine Zeugin der Bücherverbrennung war Lore Wolf, 1946 Mitgründerin der VVN; sie sagte hörbar: »Hier verbrennt man den deutschen Geist.« Die Zuschauer wichen zur Seite, Lore Wolf brachte sich vorsichtshalber in Sicherheit. Sie kam später in Zuchthäuser, schrieb selbst zwei Bücher und wurde Freundin von Anna Seghers, deren Schriften verbrannt wurden.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

NIEDERSACHSEN

Studienreisen in Vorbereitung

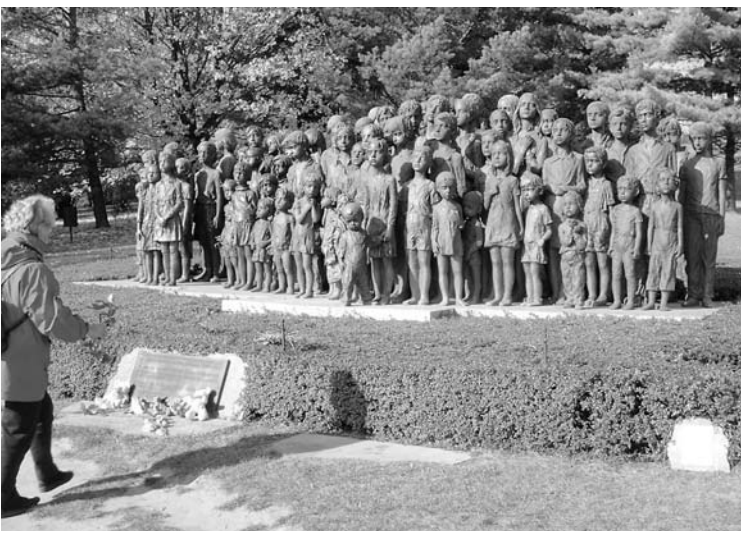
Fahrten nach Sachsenhausen und Terezìn geplant

Sachsenhausen

Für Sonntag, den 21. September planen die VVN-BdA-Kreisvereinigungen Celle, Hannover, Peine und Braunschweig (wo auch zugestiegen werden kann) eine Fahrt zum ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Berlin. Abfahrt ist um 6.30 Uhr in Winsen, die Rückkehr ist gegen 20.00 Uhr geplant. Die Kosten betragen 25 Euro pro Person, die auf das Konto der VVN-BdA Peine (Konto: 27 871 375, BLZ: 252 500 01 bei der Kreissparkasse Peine) bis zum 7. September überwiesen sein müssen. In Sachsenhausen wird eine Führung angeboten, anschließend besteht noch Gelegenheit zur selbstständigen Erkundung.

Zwischen 1936 und 1945 waren in diesem KZ mehr als 200 000 Menschen aus 40 Nationen inhaftiert, ein großes SS Kontingent war hier stationiert. Es diente als Ausbildungsort für KZ-Kommandanten und für das Bewachungspersonal. Im August 1943 wurde eine Massenerschießungsanlage errichtet, mindestens 13 000 sowjetische Kriegsgefangene wurden ermordet. **P. B.**

Nähere Informationen zur Fahrt gibt es bei Peter Baumeister, Tel. (0 51 71) 8 26 18 oder per E-Mail an baumeister.peine@t-online.de.



Lidice: Das Mahnmal der Künstlerin Marie Uchytilová entstand 1996.
Bild: Mechthild Hartung

Terezìn, Lidice und Prag

Wie in jedem Jahr, so führt auch dieses Jahr der Verein zur Unterstützung von Theresienstadt/Terezìn eine Studienfahrt durch.

Das Besondere ist, dass wieder Begegnungen mit Zeitzeugen möglich sind. Im Ghetto Theresienstadt, das Sammellager vor dem Weg nach Auschwitz war, wurden jüdische Familien v. a. aus der Tschechoslowakei zusammen gepfercht. Es ist bekannt, dass deutschen Jüdinnen und Juden vom NS-Regime unter dem Slogan »Der Führer schenkt den Juden eine Stadt« vorgegaukelt wurde, in Theresienstadt gäbe es einen »Jüdischen Alterssitz«. Sie hatten in Deutschland alles verkauft, um ihren so genannten Alterssitz im Voraus zu bezahlen.

Männer, Frauen und Kinder wurden getrennt in den ehemaligen Kasernen untergebracht. Einige dieser Kinder sind heute etwa 70 bis 80 Jahre alt und stehen uns als Überlebende von Auschwitz und anderen KZs in Gesprächen zur Verfügung. Neben den Führungen im ehemaligen Ghetto, in der Gestapo-Festung für politische Gefangene und in Lidice sind es besonders die Gespräche mit den Überlebenden, die unersetzlich sind – kein Buch, kein Film, kein Bericht kann die persönliche Begegnung ersetzen! **M. H.**

Zeit: 22. bis 28. Oktober 2008.
Kosten: 250 Euro
Anmeldung bei: Jürgen Winkel, Belitz 9, 29482 Küsten, oder über www.foerdervereinterezin.de

HESSEN

Antifaschismus und die 68er

(Fortsetzung von Seite 6)

Vormarsch der NPD. Dieser Partei gelang es in diesen Monaten in zahllose Kommunal- und Landesparlamente einzuziehen. Im Herbst 1968 demonstrierten junge und ältere Antifaschisten mit Transparenten »Duldet nicht den Geist der Mörder im Römer« und »Fordert Auflösung der NPD« vor dem Frankfurter Rathaus gegen den Einzug einer NPD-Fraktion im Römer.

Die NPD zeigte deutlich ihre gewalttätige Fratze. Der Schlägerdienst der NPD, den man als neue SA bezeichnen konnte, inszenierte im Juli 1969 am Frankfurter Cantate-Saal anlässlich einer NPD-Wahlveranstaltung eine Prügelorgie. Im September 1969 schoss der Leiter des NPD-»Ordnungsdienstes« anlässlich eines Funktionärstreffens der NPD in Kassel auf einen demonstrierenden Schüler, nämlich Bernd Lunkewitz, später Eigentümer des Aufbau-Verlages. Solche Gewaltbereitschaft mobilisierte Antifaschisten aller Generationen, sich dem Vormarsch der NPD – letztlich erfolgreich – entgegenzustellen.

Ulrich Schneider

8. Mai in Dieppe:

VVN-Delegation im Rathaus empfangen

Auch in diesem Jahr besuchte eine vierköpfige VVN-BdA-Delegation vom 7. bis 11. Mai die Stadt Dieppe in der Normandie, um mit den Kameradinnen und Kameraden von FNDRIP und ANACR, den beiden französischen Verfolgten- und Widerstandsorganisationen, den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg zu feiern. Stefan Hölzer berichtet:

Unser Besuch war diesmal auch gleichzeitig etwas Besonderes, hatte doch die Liste der Vereinigten Linken aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und Zivilgesellschaft »Rassemblés, Dieppe avance« (in etwa »Vereinigt geht Dieppe voran«) bei der Kommunalwahl am 9. März im Ersten Wahlgang mit 55 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit gewonnen und stellt nun mit Sébastien Jumel von der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) den Bürgermeister. So überbrachten wir die Glückwünsche der Kameradinnen und Kameraden aus Braunschweig und freuten uns mit den Freundinnen und Freunden in Dieppe.

Im Rathaus wurden wir empfangen von der für Demokratische Beteiligungsprozesse und Vereine zuständigen Beigeordneten im Stadtrat. Mit Béatrice Delandre, gleichzeitig Vorsitzende einer großen antirassistischen Organisation, und weiteren Kamerad/innen führten wir interessante Diskussionen über die nächsten geplanten Projekte.

Anlässlich des 75. Jahrestags des Gedenkens an die in Rieseberg bei Helmstedt am 4. Juli 1933 ermordeten 11 Gewerkschafter erwarten wir den Gegenbesuch unserer Kameradinnen und Kameraden aus Dieppe vom 3. Juli abends bis zum 7. Juli morgens, das Programm ist in Vorbereitung.

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Erneuerung eines Mahnmals

Eindrucksvolle Gedenkstunde am Maschsee

Am Maschsee-Nordufer wurden am 2. Mai 1945 386 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, vorwiegend Bürger der UdSSR, unter Aufsicht der Alliierten beigesetzt. Sie waren Opfer einer Mordaktion der Faschisten, bei der auf dem Seelhorster Friedhof kurz vor der Befreiung insgesamt mindestens 526 Menschen erschossen wurden. Das Mahnmal, das hinter dem Gräberfeld nach dem Entwurf eines sowjetischen Künstlers errichtet wurde, war in Hannover lange Zeit als »Russendenkmal« verhasst.



Kranzniederlegung am Mahnmal Gerichtsgefängnis in Hannover. Bild: rwk

Das Mahnmal wurde mehrmals geschändet. Es wurde danach immer wieder rekonstruiert, allerdings ohne den Sowjetstern, der ursprünglich seine Spitze bildete. Seit 1952 gelten die Gräber als Kriegsgräber und stehen seit 1964 unter dauerhaftem gesetzlichen Schutz. Später übernahm die IG-Metall die Patenschaft für die Anlage. Zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung, finden dort Gedenkstunden statt.

Seit dem Jahr 2000 kommen auf Einladung der Stadt regelmäßig ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Kriegsveteranen nach Hannover. In diesem Jahr war es eine Delegation aus dem sibirischen Salechard: Die beiden Kriegsveteranen Nikolai Schakurov und Roman Sokolov und Klaudia Sova, die – als Kind verschleppt – ein Zwangsarbeitslager bei Braunschweig überlebt hatte. Mit ihnen waren eine Schülerin und ein Schüler gekommen.

Besondere Bedeutung erhielt die Gedenkfeier in diesem Jahr durch die Einweihung einer Tafel, die von Auszubildenden des VW-Werks erstellt worden war und die

Gedenktafel der Auszubildenden

in Text und Bild die Geschichte dieses Ortes erklärt.

Unterstützung fand das Projekt durch die Stadt, die IG Metall, die VW Coaching, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und das deutsch-russischen Kontaktbüro Volga Int. Auch die Geschichts-AG des 10. Jahrgangs der Heinrich-Heine-Schule hatte sich intensiv mit den Ereignissen von 1945 auseinandergesetzt. Dabei wurde das Gräberfeld neu vermessen und zur Feierstunde an jedem Grab eine weiße Rose niedergelegt. Nach Reden von Hannovers Oberbürgemeister Stephan Weil, Prof. Dr. Rolf Wernstedt (Volksbund), Reinhard Schwitzer (IG Metall) und Nikolai Schakurow wurden die Beteiligten im Rathaus empfangen.

Die russische Delegation nahm am Abend noch an der Gedenkstunde am Mahnmal für das ehemalige Gerichtsgefängnis hinter dem Bahnhof teil und legte dort einen Kranz nieder. Danach war sie zu einem angeregten Meinungsaustausch zu Gast beim Kreisvorstand der VVN-BdA.

Die beiden russischen Schüler besuchten am 9. Mai die Heinrich-Heine-Schule und nahmen dort am Unterricht teil. Am 10. Mai wurde das Programm der Delegation mit einem Besuch in Buchenwald fortgesetzt. Kamerad Heinz Koch von der Landesvereinigung Thüringen bot ihr eine eindrucksvolle Führung. **rwk**

»Es war der Tag der Befreiung«

Der 8. Mai in Peine

Auch in diesem Jahr fand die traditionelle Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung am 8. Mai am Ehrenmal der VVN-Bund der Antifaschisten im Peiner Herzberg vor über 70 Teilnehmern statt. Hauptredner war der Arbeitsdirektor der Salzgitter Stahl, Michael Kieckbusch. Er sagte: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung – gerade für uns Deutsche.«

Der Tag habe uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der Redner: »Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie die Welt heute aussehen würde, wenn der Zweite Weltkrieg nicht mit einer Niederlage Hitler-Deutschlands geendet hätte.« Weiter führte er aus: »Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 – der Machtübernahme der Nationalsozialisten – trennen. Wir müssen ihn als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte erkennen und als Beginn der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Es ist meine feste Überzeugung, dass die Verantwortung für einen Prozess des Ausgleichs, des Friedens, der Freundschaft und der Toleranz bei

Verpflichtungen für das Heute

jedem einzelnen der Gesellschaft liegt, bei jeder Organisation und jeder Gruppe, auch bei jedem Unternehmen. Toleranz und Humanität müssen stets neu erworben und vermittelt werden.«

Daraus ergebe sich auch heute für uns alle die Verpflichtung, »dem Antisemitismus, dem Rechtsextremismus und dem Rassismus ebenso entschieden entgegen zu treten, wie den unsäglichen Versuchen, die Geschichte des Dritten Reiches zu relativieren.«

Zum Schluss sagte Kieckbusch: »Wir sollten uns eine der wichtigsten Lehren aus unserer Geschichte vor Augen halten: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.«

Die stellvertretende Landrätin Doris Meyermann (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete den 8. Mai ebenfalls als Tag der Befreiung und somit als guten Tag. Zuvor hatte VVN-Kreisvorsitzender Peter Baumeister darauf hingewiesen, dass der 8. Mai untrennbar mit dem 30. Januar verbunden ist. Kurz

Volksheim wurde besetzt

danach wurde am 2. Mai vor 75 Jahren auch das Gewerkschaftsbüro in Peine – das Volksheim – von den Nazis besetzt. Ebenfalls fanden in Braunschweig und Hannover Bücherverbrennungen statt.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von Heinz und Reiner aus Salzgitter umrahmt, die Lieder vom Widerstand gegen die neonazistische Gefahr vortrugen. **P.B.**

Brief an den Ministerpräsidenten

Aufklärung über NS-Verbrechen der Wirtschaft erforderlich

In der kleinen südwestfälischen Stadt Kreuztal wurde in diesen Wochen eine bestürzende Unkenntnis über die Geschichte unseres Landes an Rhein und Ruhr deutlich. Dort ist ein Gymnasium nach einem Kriegsverbrecher benannt, der mindestens 10 000 Zwangsarbeitern den Tod brachte und mit der Ausbeutung von Kriegsgefangenen sowie mit der Unterstützung des Nationalsozialismus zum reichsten Mann aufstieg: Friedrich Flick. Gegen große Widerstände bemüht sich nun eine Gruppe von Schülern und ehemaligen Schülern des Friedrich-Flick-Gymnasiums, diesen Makel zu überwinden.

Diesen Vorgang nimmt die nordrhein-westfälische VVN-BdA in einem Brief an den Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers zum Anlass, Mittel für eine Aufklärungsaktion zu fordern. In dem Brief heißt es: »Die Unkenntnis über einen bedeutenden Tatbestand aus der Geschichte ist keinesfalls auf Südwestfalen beschränkt. Wir möchten Sie daher mit unserem Projekt Spurensuche ‘Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945’ bekannt machen. Wie Sie wissen, wurden 1933 bis 1945 zahlreiche Vertreter der Wirtschaft im höchsten Maße schuldig. Von ihren Erträgen, die sie aus Krieg und Leid der Menschen zogen, haben sie nur sehr wenig in Form von Entschädigung an die Opfer zurückgezahlt. Wissenschaftler haben errechnet, dass im Jahre 2000 bei der Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nur ein kleiner Prozentsatz der Summe an entgangenem Lohn an die Überlebenden gezahlt wurde. Gar nicht aufgearbeitet wurde die politische und historische Schuld, die nicht in Geld aufzuwiegen ist.« Vertreter der Wirtschaft haben sich bisher nicht gefunden, um ihre Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten.



Ganz und gar kein Vorbild: Friedrich Flick wurde in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt. Archivbild: VVN-BdA NRW

Die VVN-BdA an Rüttgers: »Wir bitten Sie daher mitzuhelfen, die Jugend im ganzen Land über die Verbrechen, begangen von Vertretern der deutschen Wirtschaft in der Zeit von 1933 bis 1945, aufzuklären oder entsprechende Projekte zu fördern.«

Ein solches Projekt beschloss die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA. Sie beauftragte den Landesausschuss der VVN-BdA NRW, eine Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« auf den Weg zu bringen, um eine Dokumentation über diese Verbrechen allein auf dem Territorium des Landes an Rhein, Ruhr und Lippe zu schaffen. Jugendgruppen und Schülerinnen und Schüler sollen aufgerufen werden, die Informationen über die Täter zu sammeln und zusammenzutragen, um sie veröffentlichen zu lassen. Daraus könnten Schriften oder auch Exponate entstehen.

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, für die Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« den Betrag von 200 000 Euro bereitstellt, damit den besonders von jungen Menschen gesammelten Erkenntnissen eine große Verbreitung gesichert wird. »Es geht um die Durchführung von Veranstaltungen und Besuchen vor Ort, ferner sollen Mittel für die Schaffung einer Ausstellung zum Thema bereitgestellt werden.«

Ulrich Sander

Die VVN-BdA NRW arbeitet mit der bundesweit agierenden Initiative www.flick-ist-kein-vorbild.de zusammen, die eine Umbenennung des Flick-Gymnasiums in Kreuztal verlangt. Siehe auch Seite 14.

Entschädigung der Opfer kein Thema von gestern

Antifaschisten planen Bundesarbeitsgemeinschaft

Das höchste italienische Gericht hat jetzt Deutschland zur Entschädigung der griechischen und italienischen NS-Opfer verpflichtet. Zu diesem Erfolg ihrer Bemühungen erklären Vertreter der VVN-BdA: »Auch die Zwangsarbeiterentschädigung ab 2000 war ja völlig unzureichend, da muss die Regierung nachbessern, aber vor allem die Konzerne müssen es.«

Während in Italien Urteile zugunsten der NS-Opfer gefällt wurden, mussten deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten empört zur Kenntnis nehmen, dass die Parteien des Bundestages – ausgenommen »Die Linke« – ausgerechnet am 8. Mai die alten Beschlüsse aus der Zeit des Kalten Krieges bekräftigten. Nach diesen Beschlüssen sollen die wegen des KPD-Verbots von der Entschädigung ausgeschlossenen kommunistischen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer auch weiterhin ihrer Entschädigung beraubt bleiben. Nun soll im Herbst in Dortmund ein Treffen dieser Opfer des Kalten Krieges stattfinden. Denn hier wurden die meisten Urteile der politischen Justiz gegen die ehemaligen NS-Opfer gesprochen. Die VVN-BdA unterstützt dies Treffen, das am 25. Oktober stattfindet.

Insgesamt geht es auch um die Entschädigung der immer noch »vergessenen« Opfer wie: Sowjetische und italienische Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte, griechische NS-Opfer, von Entschädigung ausgeschlossene Kommunistinnen und Kommunisten und als Asoziale geächtete KZ-Insassen. »Die Verweigerung der Entschädigung für große Teile der Überlebenden des Arbeiterwiderstandes verweist uns auch auf die Rolle der Angehörigen der NS-Opfer, die bis heute unter dem Geschehen leiden«, heißt es in einem Beschluss des VVN-BdA-Bundeskongresses, mit dem eine neue Bundesarbeitsgemeinschaft zum Thema Entschädigung angekündigt wird. »Die Angehörigen beispielsweise der linken politischen Widerstandskämpfer waren nach Aussagen der Koalitionssprecher ausgerechnet am 8. Mai Angehörige von Verbrechern, mit all den Folgen, die das für die Psyche hat. Auch die Kinder anderer Opfergruppen sind betroffen.« In Israel wurde die Forderung erhoben, auch die Kinder von Überlebenden gesundheitlich zu betreuen. Es geht um die zweite und dritte Generation. Davon gibt es sicherlich auch viele den *antifa*-Leserinnen und -Lesern. Vielleicht machen die ja auch in der Entschädigungsarbeit der VVN-BdA mit?

–der

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Die Schuld des V-Leute-Systems

Erinnerung an den Solinger Brandanschlag

Wir waren wieder in Solingen. Wir gedachten der fünf Frauen und Mädchen, die vor 15 Jahren Opfer eines fürchterlichen Brandanschlags geworden sind. Wir zogen mit einem Protestmarsch durch die Klingenstadt – Protest dagegen, dass nie wirklich entscheidendes getan wurde, um ein derartig rassistisches Verbrechen künftig zu verhindern. 120 weitere Menschen sind seitdem an rassistischer Gewalt gestorben.

Doch es war auch ein Trauerzug. Dieser Zug wurde durch eine gezielte Provokation seitens einer kleinen Gruppe türkischer Nationalisten ausgerechnet vor den fünf Kastanienbäumen, die heute in der Baulücke an der Stelle des Brandes für jedes der Opfer stehen, aufgehalten. Sie formten die Finger einer Hand zu einem Wolfskopf, das Zeichen der nationalistischen türkischen Vereinigung der 'Grauen Wölfe'. »Nach kurzer Rangelei von den linken Demonstranten in die Flucht geschlagen«, schrieb dazu die Rheinische Post.



Protest- und Trauerkundgebung am Ort des Solinger Brandanschlages. Für die VVN-BdA sprach Landessprecherin Ulrike Düwel. Bild: trasa

Schlagartig wurde das ganze Dilemma deutlich. Die faschistischen »Grauen Wölfe« werden als Organisation hierzulande ebenso geduldet wie die NPD und andere. Wie sie sind sie mittels eines V-Leute-Systems eng mit dem Staat verbun-

(Fortsetzung auf Seite 14)

Protest gegen Rassistenkongress

FIR und VVN-BdA unter den Aufrufern

Bereits seit Jahren ist in Köln und anderen Teilen Nordrhein-Westfalens die rechte Organisation »pro Köln« oder »pro NRW« aktiv. Sie bezeichnet sich selbst als rechtspopulistisch und hat enge Verbindungen zur österreichischen FPÖ und dem »Vlaams Belang« in Belgien. Wie diese, tritt sie mit offenem Rassismus hervor, der sich als Antiislamismus tarnt und sich gegen hier lebende Migranten richtet.

In diesem Zusammenhang lädt »pro Köln«, deren führende Funktionäre teilweise aus offen neofaschistischen Grupperungen (wie den Jungen Nationaldemokraten und der Deutschen Liga) kommen, seit Monaten zu einem Kongress in Köln am 19. und 20. September gegen die angebliche Islamisierung Europas ein. Erfolgreich war die Einladung bisher insoweit, als wichtige Protagonisten der rechten europäischen Szene ihr folgen wollen: So hat der Chef des französischen Front National, Jean-Marie Le Pen, ebenso seine Teilnahme angekündigt wie der verurteilte Holocaust-Leugner Nick Griffin von der britischen BNP und der Vorsitzende der FPÖ Heinz-Christian Strache.

Gegen diesen provokaten Versuch, eine europäische Internationale der Rassisten zu bilden, formiert sich allerdings breiter internationaler Widerstand: Derzeit mehr als 70 Gruppen und Einzelpersönlichkeiten, darunter auch die VVN-BdA sowie bekannte Kölner Kabarettisten wie Jürgen Becker und Wilfried Schmickler, rufen dazu auf, den angekündigten Protest durch massenhafte Blockaden zu verhindern. Eine »organisierte Verstopfung« der Stadt soll den Rechten keinen Raum lassen, ihre rassistische Hetze zu verbreiten.

Ergänzt wird diese Initiative durch einen Aufruf unter dem Titel: »Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!«, in dem u.a. der Kölner DGB-Vorsitzende, der Bürgermeister von Brüssel, der Vorsitzende der FIR und ehemalige belgische Partisan Michel Vanderborght und andere Prominete fordern: »Der angekündigte Rassistenkongress darf nicht stattfinden: Köln stellt sich quer gegen Rassisten, Neonazis und international angekündigte Holocaust-Leugner. Wir werden am 19. und 20. September präsent sein, denn Köln ist bunt, nicht braun – und das soll auch so bleiben!«

Die beiden antifaschistischen Initiativen richten sich ausdrücklich nicht gegeneinander sondern sollen sich ergänzen. Sie wollen, so heißt es, so vielen Menschen wie möglich Gelegenheit bieten, ihren Zorn und Widerstand zu artikulieren. Gemeinsam wollen sie die angekündigte Provokation in Köln verhindern. »Setzen wir der Internationale der Rassisten unsere internationale Front der Antifaschisten und Demokraten entgegen!«

Peter Trinogga

Bundeswehr in Kommunen

Kommandozentren für Einsatz im Innern

Diese Meldung kommt aus Dortmund, bald kann sie auch aus anderen Orten kommen. Eine Kommandozentrale wird an einem geheimen Ort geschaffen. In ihr sind Bundeswehr und die Polizei integriert. Sie wird im Rahmen der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) der Stadt, den Ämtern und der Feuerwehr in Krisen, zu denen auch innere Unruhen (»Großschadensereignisse« und »Anti-Terrormaßnahmen«) gehören, militärische Kommandos geben.

In nichtöffentlicher Sitzung hat der Dortmunder Stadtrat diese Einrichtung abgesegnet. Nimmt man noch ältere Meldungen aus der WR und aus den Bundeswehrmedien hinzu, so ergibt sich dieses Bild: Auf kommunaler Ebene werden Bundeswehrreservisten, Feuerwehr sowie Technisches Hilfswerk koordiniert. Reservisten – darunter bewaffnete Feldpolizisten – können in kürzester Zeit in großer Zahl mobilisiert werden. In Dortmund leitet ein Oberstleutnant, im Zivilberuf Pfarrer und Klinikseelsorger, die »ehrenamtliche« Reserve-Territorialarmee.

Die Territorialarmee auf Landesebene ist ständig hauptamtlich besetzt. In Kreisen, Städten und Regierungsbezirken können sie laut Bundeswehr-Website und Bundeswehrzeitschrift »Y« blitzartig auf Stabselemente aus dem Reservistenkader – das sind rund eine Million Soldatinnen und Soldaten bundesweit – zurückgreifen. Die VVN-BdA hat nach den ersten Veröffentlichungen der Pläne zur Inneren Militarisierung durch ZMZ und Terrorismusabwehrzentren dagegen gewarnt und auf die geschichtlichen Erfahrungen mit integrierten Polizei-, Geheimdienst- und Heereseinrichtungen (Gestapo, Reichswehr, Freikorps etc.) hingewiesen. »Die Tatsache, dass die Pläne für Notstands- und Krisenmaßnahmen und -einrichtungen derart geheim vorangetrieben werden und schon heimlich Fakten geschaffen wurden, müssen alle Demokraten aufs Höchste alarmieren«, erklärte ein VVN-BdA-Sprecher.

–der

NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Schuld des Systems

(Fortsetzung von Seite 13)

den. Der Historiker Stefan Strack berichtete in seiner Ansprache über das System des »tiefen Staates« in der Türkei, das mit V-Leuten aus Militär und Polizei sowie Gemeindiensten verbrecherisch operiert, sich faschistische Gruppen wie die Grauen Wölfe zunutze macht. Auch in Solingen haben V-Leute operiert und mit einer Kampfsportschule die rassistischen jungen Mörder trainiert. »Betriebsunfall« des Staatsschutzes nannte man den Brandanschlag später. Das V-Leutesystem blieb erhalten – bis heute.

Auch Innenminister Wolfgang Schäuble war Tags zuvor in Solingen. Natürlich verlor er in seiner Gedenkrede kein Wort über das mörderische V-Leutesystem, nannte nicht die Neonazis beim Namen, kannte nur den Begriff »Extremisten«. Er warb für den Überwachungsstaat, der gleichzeitig Nazis gewähren lässt: Ohne Sicherheit mittels »Polizeipräsenz« und »allen Mitteln der technischen Kontrolle« gäbe es keine Freiheit.

So bleibt nur der Aufruf von Verdi-Regionalvorsitzendem Wolfgang Zimmermann als Lösung für uns übrig: Auf die Straße gehen, die Menschen mobilisieren, bis die rechte Gewalt eingedämmt ist, und dafür sei auch das NPD-Verbot ein Schritt in die richtige Richtung.

-der

Johann (Hans) Tefke †

Johann Tefke, Ehrenvorsitzender der Solinger VVN-BdA und wohl letzter aktiver Widerstandskämpfer in Solingen, ist am 26. Mai 2008 im Alter von 95 Jahren verstorben.

Johann Tefke wurde am 23. Januar 1913 in Gerresheim bei Düsseldorf als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Er wuchs mit mehreren Geschwistern auf. Während seiner Lehrzeit als Dreher trat er in den Kommunistischen Jugendverband ein. Mit dem Machtantritt der Nazis in Düsseldorf geriet Johann Tefke in das Visier der Nazis, weil er mit seiner KJVD-Guppe aktiven Widerstand leistete.

Im Februar 1935, kurz nach seinem 22. Geburtstag, wurde er das erste Mal von der Gestapo verhaftet. Er wurde schwer misshandelt. Er dachte oft: »Das überlebst du nicht.«

Im bekannten »Gerresheimer Prozess« wurde Johann Tefke zu zwei Jahren und zehn Monaten Zuchthaus verurteilt. 1937, einen Tag vor Heiligabend, wurde er entlassen.

Danach arbeitete er in mehreren Industriebetrieben in Düsseldorf als Dreher. Trotz »Wehrunwürdigkeit« wurde er Ende 1942 zu einem Strafbatallion eingezogen und in Nordafrika eingesetzt. Im Mai 1943 geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde in den USA bis August 1946 in einem »Antinazicamp« interniert. Nach seiner Entlassung zog Johann Tefke nach Solingen.

Lange Jahre arbeitete er als Dreher und war aktiver Gewerkschafter der IG Metall. Seine politische Überzeugung hat Johann Tefke nie verleugnet. Er engagierte sich zuerst in der VVN-BdA später dann auch in der DKP. Er hatte einen besonderen Humor und nannte die Dinge stets bei ihrem Namen. So konnte er mit einer kurzen Bemerkung den Kern der Sache treffen. Wenn ihm ein Anliegen wichtig war, verfolgte er es beharrlich.

Johann Tefke ist in Solingen wegen seiner antifaschistischen Arbeit bekannt. Als es seine Gesundheit noch erlaubte ging er als Zeitzeuge in Solinger Schulen und zu Jugendlichen. Er entwickelte mit anderen Mitstreitern die alternative Stadtrundfahrt zu den Gedenkstätten der Opfer der Nazidiktatur in Solingen. Der Kampf gegen die alten und neuen Nazis wurde ihm zur Lebensaufgabe.

Kreuztal/Südwestfalen:

Flick-Gymnasium: Schüler fordern anderen Namen

Ehemalige und heutige Schüler des Friedrich Flick-Gymnasiums sowie ausländische Zeitzeugen fordern die Umbenennung der Kreuztaler Schulel. Sie organisieren eine Petitionskampagne an den Bürgermeister. Auch Unterschriften von außerhalb sind erwünscht In der Petition heißt es:

Sehr geehrter Bürgermeister Biermann, seit fast 40 Jahren besteht in ihrer Stadt ein Gymnasium, benannt nach dem deutschen Industriellen Friedrich Flick. Flick war reichster Deutscher, hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten und ist unter anderem Ehrenbürger Ihrer Stadt.

All diese Auszeichnungen können jedoch nicht über die Schattenseiten in Flicks Biografie hinwegtäuschen: Sowohl in der Weimarer Republik als auch in der jungen Bundesrepublik hat er seinen Erfolg dem rücksichtslosen Streben nach Profit zu verdanken. Flick hat die Gewinne eingestrichen, während er Verluste so gut es eben ging auf die Öffentlichkeit abgewälzt hat.

Am schwersten wiegen jedoch seine Taten im »Dritten Reich«: Flick hat die NSDAP mit Spenden unterstützt, hat an der Enteignung jüdischer Unternehmer mitgewirkt, er war Mitglied im Freundeskreis Reichsführer-SS und informiert über KZs und die Kriegspläne Adolf Hitlers, denn er sollte die Nazis mit Waffen und Rüstungsgütern versorgen. Flick hat, wie viele Industrielle, Zwangsarbeiter zu menschenunwürdiger Arbeit gezwungen. Geschätzt wird, dass 10 000 diese Schinderei mit dem Leben bezahlt haben. Über die Zustände und die Todesangst seiner Zwangsarbeiter war er gut informiert. Flick ist nach dem Krieg als Kriegsverbrecher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden. (...)

Flick ist kein Vorbild und so fordere ich Sie auf, sich für eine Umbenennung des städtischen Friedrich-Flick-Gymnasiums stark zu machen!

HAMBURG

Hamburger Termine im August und September 2008

Freitag, 1. August
Erinnerung an die Hinrichtung von August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolf am 1. August 1933

Musik: Troubadoura und Ulrike Johannsen
Moderation: Detlef Baade
Es sprechen: Cornelia Kerth (VVN-BdA), Herr Cassel (Amtsgerichtspräsident i. R. [angefragt]), Erhard Pumm, (DGB-Vorsitzender), Kersten Albers, (Stellv. Bezirksamtsleiter).
Rolf Becker rezitiert den Abschiedsbrief von Bruno Tesch und das Grußwort »Wider das Vergessen« von Berthold Brecht
17 Uhr, ehem. »Weiberhof« hinter dem Amtsgericht Altona

Samstag, 2. August
Sommerfest in Heideruh

Abfahrt: 13 Uhr, gegenüber Bahnhof Dammtor, 13.15 Uhr ab Helmsmuseum, Knoopstraße, Harburg. Rückfahrt ab Heideruh ungefähr 21 Uhr.
Kosten: 6 Euro Fahrt, 12 Euro Kaffee und Grillbuffet

Sonntag, 31. August
Grillfest im Vorgarten am VVN-Büro

Die Gruppe Pepperoni spielt unsere Lieder zum Mitsingen.
Anmeldungen erbeten bis 20. August (Spontaneität in geringem Ausmaß möglich!)
15 bis 18 Uhr, Hein-Hoyer-Str. 41

Sonntag, 14. September
Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

Es spricht Claudia Hohefeld.
Musik: Rotdorn.
Bitte bringt möglichst viele Blumen mit!
11 h, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Der 1. Mai in Hamburg

Ein großer Erfolg der antifaschistischen Bewegung

Mit 10 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist der Protest gegen den Naziaufmarsch in Barmbek zur größten antifaschistischen Veranstaltung seit über einem Jahrzehnt in Hamburg geworden. »Mit so vielen Leuten haben wir nicht gerechnet«, erklärte der Sprecher des Hamburger Bündnisses gegen Rechts.



In Barmbek hatten die Nazis nichts zu bestellen. 10 000 Demonstranten setzten ein Zeichen gegen Rechts. Bild: VVN-BdA Hamburg

Erinnern wir uns: Für den 1. Mai mobilisierten NPD und »Freie Nationalisten« bundesweit nach Hamburg-Barmbek, um den internationalen Kampftag im Sinne ihres nationalsozialistischen Vorbildes zum »Tag der nationalen Arbeit« umzudeuten. Gemessen an der Außenwirkung war der Aufmarsch für die Neonazis ein Fiasko – in der Berichterstattung dominierten die Protestaktionen und die Nazis konnten weder auf der ihnen zugesagten Route noch zur angemeldeten Uhrzeit marschieren. Etwa 200 Nazis erreichten erst gar nicht die Auftaktkundgebung, denn auf den Gleisen der S-Bahn brannten Barrikaden. Folge: Der Strom wurde abgestellt. Die Neonazis verharrten Stunden am Ausgangspunkt, bevor sie mit einem massiven Polizeieinsatz und auf stark verkürzter Strecke den Rückweg antraten. Während die Polizei am U/S-Bahnhof Ohlsdorf bemüht war, die Nazis schnellstmöglich in die Bahn zu bringen, wussten diese noch nicht, dass alle ihre Reisebusse bereits Glasbruch erlitten hatten – und bereits auf dem Heimweg waren.

Im wahrhaften Sinn des Wortes »auf der anderen Seite« der Gleise blockierten über 10 000 Menschen die Route der Nazis. Unter dem Motto »Barmbek nimmt Platz« blieb die Demo nach einigen hundert Metern einfach auf der Straße stehen und sorgte zusammen mit vielen ermutigten Anwohnern dafür, dass für die Nazis kein Durchkommen war. Die enorme Resonanz, die den Antifaschisten im Vorfeld und während der Demonstration in diesem wenig alternativen, jedoch stark migrantisch geprägten Stadtteil entgegen gebracht wurde, ist in der Auswertung des »Hamburger Bündnis gegen Rechts« denn auch die zentrale Erfahrung, an die es in Zukunft anzuknüpfen gilt. In nahezu jedem Geschäft auf der Fuhlsbütteler Straße hingen die Plakate der Initiative »Barmbek sagt Nein zu Neonazis«, unterzeichnet von 43 Sozialkulturellen Einrichtungen und Geschäften aus dem Stadtteil. »Besonders gefreut hat mich, dass sich so viele Menschen aus Barmbek den Protesten angeschlossen haben«, erklärte Rainer Hanno, Pastor an der Auferstehungskirche. Dort, und in weiteren acht Kirchen läuteten Punkt 14 Uhr die Glocke als Zeichen des gemeinsamen Protestes. Barmbek war in Volksfeststimmung und den gesamten Tag über auf den Beinen. So war es über Stunden der Polizei nicht möglich, die Nazis vom S-Bahnhof Alte Wöhr gegen den Protest vieler tausend Demonstranten loslaufen zu lassen.

Ebenfalls neu, wenn auch auf der negativen Seite der Bilanz, war das militante Auftreten der so genannten »Autonomen Nationalisten«. Während diese Spielart des Neonazismus vor allem in den östlichen Bundesländern sowie in NRW Zulauf erhält, ist der so genannte »schwarze Block« in der Hansestadt erstmalig derart offensiv und zahlenmäßig stark in Erscheinung getreten. Hier feiert man den eigentlich verhinderten Marsch »als Erfolg« und das nicht nur als Schönfärberei. Aus der Sicht der Organisatoren besteht der Erfolg drin, dass sich erhebliche Teile der Nazidemo an organisierten Angriffen auf Gegendemonstranten und Journalisten beteiligten und dabei Polizeiketten durchbrachen. Die Naziszene bejubelt diesen Bruch mit der in den letzten zehn Jahren erzwungenen Zurückhaltung bei Demonstrationen als Fanal. Ausgehend von der bundesweiten Verbotsstrategie gegenüber Nazidemonstrationen in den 1980er und 1990er Jahren, die mit Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründet wurde, starteten die Freien Kameradschaften ab 1997 eine regelrechte »Demokampagne«.

Brutale Nazis griffen an

Unterstützt durch eine geschickte juristische Klagestrategie insbesondere der Hamburger Nazikader Christian Worch und Jürgen Rieger, kassierte das Bundesverfassungsgericht mehrfach die beschränkenden Auflagen, was zu einem Strategiewechsel bei Polizei und Versammlungsbehörden führte. Seit Anfang des Jahrzehntes stellen sich die Versammlungsbehörden der Länder nach der Lesart des so genannten »Bull-Gutachtens« auf den Standpunkt, das sich Nazis auf ihren Demonstrationen an die Auflagen halten, während antifaschistische Proteste zunehmend nicht mehr als »Meinungsäußerung«, sondern vor allem als »Störpotential« und rechtlich unzulässige »Gegenveranstaltung« gewertet werden. Im Jahr 2008, nachdem das Verbot der NPD zu den Akten gelegt wurde und Nazidemonstrationen zum bundesdeutschen Alltag gehören, erscheint den Nazis die legalistische Selbstbeschränkung nicht mehr notwendig. Unter der Selbstbezeichnung Autonome Nationalisten formiert in diesem Freiraum seit knapp 10 Jahren eine extrem gewaltorientierte und aktivistische Strömung, die zudem sich die Symbol- und Erlebniswelt der autonomen antifaschistischen Bewegung angeeignet hat.

Was bleibt nach dem 1. Mai als Erfahrung zurück? Zunächst ist das bereits oben angedeutete zarte Pflänzchen der antifaschistischen Eigeninitiative im Stadtteil zu unterstützen und zu pflegen und damit auch das eigene Selbstverständnis über die begrenzten Politikformen und die Begrenzung auf die Szeneviertel zu überwinden. Zum anderen ist es hier zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder gelungen, ein politisch breit aufgestelltes Bündnis – angefangen von Gliederungen der SPD, der GAL, der Linkspartei sowie der Gewerkschaften, über soziokulturellen Einrichtungen und Anwohnerinitiativen bis hin zur autonomen und unabhängigen Antifa – einvernehmlich und mit verbindlichen Absprachen auf die Beine zu stellen. Und die Nachbereitung zeigt, dass sich alle Beteiligten bei aller

(Fortsetzung auf Seite 14)

Redaktion: W. Siede
Nächster Redaktionsschluss ist Samstag, der 16. August.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

DOKUMENTIERT

Höchstrichterliche Entscheidung

Verbot der Versammlung zum »Heß-Gedenken« war rechtmäßig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 25. Juni entschieden, dass das Verbot der Versammlung mit dem Thema »Gedenken an Rudolf Heß« an dessen Begräbnisort Wunsiedel/Fichtelgebirge im Jahr 2005 rechtmäßig war. Mit diesem höchstrichterlichen Urteil wird die Behauptung der bayerischen Landesregierung widerlegt, man müsse das Versammlungsrecht für alle einschränken, um damit die Nazis zu treffen. Die vorhandenen Gesetze reichen aus, um den Nazis das Versammlungsrecht zu bestreiten. (BVerwG 6 C 21.07)

Das ursprüngliche Verbot war in erster Linie darauf gestützt worden, dass bei Durchführung der Versammlung mit Verstößen gegen § 130 Abs. 4 StGB (Volksverhetzung) zu rechnen sei. Die dagegen gerichtete Klage der Nazis war vor dem Verwaltungsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof erfolglos. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision des rechten Klägers zurückgewiesen.

Das höchste Verwaltungsgericht wies auf den Wortlaut von § 130 Abs. 4 StGB hin: »Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.«

Das Bundesverwaltungsgericht bejahte die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung. Sie greift zwar in den Schutzbereich der in Art. 5 Abs. 1 GG grundrechtlich gewährleisteten Meinungsfreiheit ein. Der Eingriff ist jedoch gerechtfertigt, weil die Strafrechtsnorm die Meinungsfreiheit in zulässiger Weise, nämlich zum Schutz des öffentlichen Friedens und der Menschenwürde der Opfer und ihrer Nachkommen, einschränkt.

Propaganda für NS-Gewaltregime verboten

Die Versammlungsbehörde hat beim Erlass der angefochtenen Verfügung zutreffend mit Verstößen der Versammlungsteilnehmer gegen § 130 Abs. 4 StGB gerechnet, die sie durch das Versammlungsverbot rechtmäßig verhindert hat, stellten die Leipziger Richter fest. Weiter wird betont: »Mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit wären die die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft kennzeichnenden schweren Menschenrechtsverletzungen gebilligt worden. Im Rahmen der Veranstaltung wäre die Person Rudolf Heß in einer besonderen Weise positiv bewertet worden. Dies ergibt sich aus Äußerungen im Zusammenhang mit der streitigen Veranstaltung und entsprechenden Versammlungen, die in den Vorjahren jeweils anlässlich des Todestags von Rudolf Heß stattgefunden hatten. Eine positive Bewertung kommt bereits in dem Motto der Veranstaltung zum Ausdruck (‘Rudolf Heß: Seine Ehre galt ihm mehr als die Freiheit’).« Rudolf Heß werde als »Märtyrer« bezeichnet, der »uns und der Welt ein Beispiel unbeugsamer Treue bis in den Tod« gegeben hätte. Er werde als Person mit Vorbildfunktion dargestellt. Damit beschränke sich die Glorifizierung nicht auf Teilaspekte seiner Person oder seines Handelns. Als »Stellvertreter des Führers« war Rudolf Heß ein exponierter Repräsentant und Akteur des NS-Regimes, stellt das Bundesgericht fest. Indem dargelegt wird, Rudolf Heß sei als Stellvertreter Adolf Hitlers im Mai 1941 nach Großbritannien geflogen, um dort Friedensverhandlungen zu führen, wird er als ein treuer Gefolgsmann Hitlers vorgestellt und darüber hinaus das nationalsozialistische System insgesamt als friedenswillig verharmlost. Bei der gebotenen Würdigung aller einschlägigen Äußerungen in ihrer Gesamtheit drängt es sich auf, dass die Glorifizierung der Person Rudolf Heß als Billigung des nationalsozialistischen Regimes in allen seinen Erscheinungsformen und damit auch als Gutheißen der von diesem Regime ausgeübten Gewalt- und Willkürherrschaft wahrgenommen worden wäre. Dafür komme es nicht darauf an, ob die Menschenrechtsverletzungen ausdrücklich gebilligt worden wären; vielmehr reiche nach § 130 Abs. 4 StGB eine zwar verdeckte, aber gleichwohl – wie hier – für einen mit den Gesamtumständen vertrauten Beobachter klar erkennbare, einschränkungslose Billigung des nationalsozialistischen Regimes aus.

Mit der Billigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft wäre zudem eine Verletzung der Würde der Opfer dieser Herrschaft verbunden gewesen. Denn in der Billigung der verbrecherischen Untaten des Regimes, insbesondere der menschenverachtenden Verfolgung und Ermordung von Millionen Juden aus rassischen Gründen, liegt zugleich ein Angriff gegen die Menschenwürde sowohl der getöteten als auch der überlebenden Opfer.

HAMBURG

1. Mai in Hamburg

(Fortsetzung von Seite 13)

Verschiedenheit in Zielen und Mitteln auf die Absprachen verlassen konnten. So ging zu keinem Zeitpunkt von der Demonstration irgendeine Eskalation aus, im Gegenteil!

Klärungsbedarf in den Gewerkschaften

Das Agieren der DGB-Führung, die ihre bereits angemeldete Demonstration verlegte, um eine mögliche Konfrontation mit den Nazis zu vermeiden, führte zu hitzigen Debatten in den Gremien und dazu, dass engagierte Gewerkschaftler in besonderem Maße die Aktionen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts unterstützten. Vielleicht war es dieser besonderen Konstellation zu verdanken, dass sich die Autonome Antifa dazu veranlasst sah, deutlich stärker als in den vergangenen Jahren Rücksicht auf die Interessen eines breiten Bündnisses zu nehmen.

Die direkten Aktionsformen »der Autonomen« auf der anderen Seite entlockten dem einen oder anderen Gewerkschaftler den einen oder anderen klammheimlichen Lacher. Auf sich alleine gestellt hätten diese Aktionsformen aber nicht ausgereicht, den Aufmarsch in die Schranken zu weisen. Zudem lauert hier die Gefahr, dass die wachsende Gewaltbereitschaft der Nazis im Sinne einer falschen und verkürzten Strategie einfach in Gegengewalt umgemünzt wird. Politische Verantwortlichkeit heißt dann eben auch, dafür Sorge zu tragen, dass das eigene Handeln vermittelbar bleibt und dass Unbeteiligte nicht zu Schaden kommen.

So ereignete sich neben vielen zielgerichteten Aktionsformen leider auch das fatale Anzünden eines Reifenlagers an der Bramfelder Straße. 3000 Reifen gingen auf dem Gelände in Flammen auf. Der Reifenhändler Jean-Paul Toupka (47) hatte viele Tausende Euro investiert und wollte die Altreifen exportieren. Die Ware war nicht versichert, Toupka steht vor dem finanziellen Ruin.

Wolfram Siede

Aufruf zum Wettbewerb

DGB-Aktion 2008: »Die gelbe Hand«

Unter dem Titel »Die gelbe Hand 2008« hat der DGB einen Wettbewerb ausgeschrieben. Er richtet sich an Berufsschulen, Ausbildungsbetriebe und Verwaltungen und ruft dazu auf, Beiträge gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln. Die besten Projekte werden mit Geld- und Sachpreisen ausgezeichnet. Auf einer Aktions-Website bietet der DGB inhaltliche Unterstützung an. Für Rückfragen steht Anne Marxen gerne unter (0211) 4301-193 oder unter info@gelbehand.de zur Verfügung.

www.gelbehand.de/wettbewerb